

Budget 2024 (Voranschlag) – Stellungnahme BürgerBewegung

Geschätzte Damen und Herren! Sehr geehrte Gemeindevertretung! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer

Ein neues Jahr steht vor der Tür und das alte Jahr neigt sich dem Ende zu. Viele Dinge wurden bewegt und auch neue Vorhaben stehen heran. Für diese neuen Angelegenheiten und für die Gemeindeverwaltung muss auch das Budget bzw. der Voranschlag für das kommende Jahr erstellt werden.

Für Götzis und seine Budgetplanungen geht es konkret um rund 48 Mio. Euro. Dazu kommen noch weitere Gelder für den Bereich der Häuser der Generationen. Dort werden gut 11,2 Mio. eingenommen und ca. 12,76 Mio. ausgegeben. Das heißt, dass dort ein Minus von etwa 1,55 Mio. Euro zu verzeichnen ist. Auf unsere Initiative hin wird dort jetzt einmal eine Prüfung durchgeführt. Für das Gemeindebudget inkl. Götzis Immobilienverwaltungs GmbH & Co. KG (GIG) schaut es auch nicht besser aus. Dort müssen laut Voranschlag rund 10 Mio. Euro an neuen Krediten aufgenommen werden, um überhaupt den laufenden Betrieb stemmen zu können. Der Schuldenstand steigt inkl. GIG auf enorme 43,7 Mio. Euro an.

Diesen Weg in die Schulden, den die ÖVP zu verantworten hat, werden wir sicherlich nicht mitgehen. Die Ideen für Einsparungen und für Budgetkonsolidierungen hat die ÖVP mehrfach in den letzten Jahren abgelehnt und ist konsequent Richtung Verschuldung gegangen. So haben wir von der Bürger-Bewegung mehrfach Einsparungspotenziale aufgezeigt. Leider sind unsere Anträge nicht angenommen worden. So hat die ÖVP mehrere Hunderttausende von Euros im Rahmen der Sanierung der Volksschule hinausgeworfen und auch sonstige teure sowie fragwürdige Projekte wie Spielplätze, Ankäufe, Fahrzeuginvestitionen und Anmietungen wurden durchgeführt. Darüber hinaus sind gute Straßen mehrfach neu asphaltiert worden und Straßen, die dringend einen neuen Asphalt benötigt hätten, wurden einfach ignoriert und deren Zustand hat sich mittlerweile deutlich verschlechtert. All dies hat diese schlechte finanzielle Situation herbeigeführt.

Äußerst bedenklich ist die Vorgehensweise seitens der ÖVP bzgl. dem Kiesabbau im Bereich des Götzner Hofes. Diese Grundstücke und der dortige Hof sind im alleinigen Besitz von Götzis. Dort ist es jetzt aber so, dass die ÖVP in Götzis und Altsch mit den Stimmen der Götzner SPÖ eine Vereinbarung getroffen haben. Diese sieht vor, dass 30% der Erlöse jeweils an Götzis und Altsch gehen und 40% in einen Zukunftsfonds fließen sollen. Dieser Zukunftsfonds soll für Götzis etwas besser gestaffelt sein, da dies bevölkerungsmäßig aufgeteilt wird. Rechnet man noch die Natur- und Landschaftsabgabe sowie die Erträge aus der Kommunalsteuer, welche gänzlich an Altsch fließen, dazu, dann ist hier ein „Kiesdeal“ vereinbart worden, der auf 50% zu 50% hinausläuft. Für Götzis ist dies eine sehr schlechte Vereinbarung, da für unsere Gemeinde mindestens 10 Mio. Euro verloren gehen und nach Altsch fließen. Erstaunlich ist, dass sich Götzis in Rahmen dieses „Kiesdeals“ auch dazu verpflichtet, dass in Altsch Straßen mitfinanziert werden. Wir von der Bürger-Bewegung haben diesen Weg abgelehnt und auch schon mehrfach andere Ideen und vor allem auch günstigere Varianten vorgebracht. Leider

hat auch hier die ÖVP alles abgelehnt und muss nun somit diesen Schuldenweg selbst verantworten.

In die Kategorie der untersten Schublade ist auch jene Tatsache einzuordnen, dass von Seiten der ÖVP ein Schreiben an das Landesverwaltungsgericht erging, wo darum gebeten wurde, dass bzgl. der eingebrachten Beschwerde noch abgewartet werden soll. Traurig ist, dass die Gewaltentrennung für die ÖVP in Götzis ein Fremdwort ist, einstimmige Gemeindevorstandsbeschlüsse konterkariert, alles verschleiert wurde und auch diese Dinge hinter verschlossenen Türen passiert sind. Dies widerspricht den Grundsätzen der Demokratie, steht im Gegensatz zu Recht und Ordnung und ist auf das Äußerste und Schärfste zu verurteilen. Solche Methoden seitens der ÖVP sind mittelalterlich und einer Politik des 21. Jahrhunderts nicht würdig. Wir von der Bürger-Bewegung haben diesen Skandal aufgedeckt und lehnen eine derartige Vorgehensweise entschieden ab. Wir stehen für Transparenz, Recht und Ordnung.

Ein weiterer Brocken ist, dass die finanziellen Zuwendungen seitens des Bundes und des Landes gesunken sind. Im Gegenzug wurden den Gemeinden sogar noch neue Aufgaben für den Bereich Kinder- und Schülerbetreuung übertragen. Dies ist durchaus ein wichtiges Thema für das wir auch einstehen. Klar sollte allerdings auch sein, wie das alles zu bezahlen ist. Wir von der Bürger-Bewegung entrichten demnach einen scharfen Apell Richtung schwarz-grüne Regierungen in Wien und Bregenz, denn in Zeiten wo alles teurer wird und eine hohe Inflation vorherrscht, können die Mittel nicht einfach gekürzt werden. Ein weiterer Negativpunkt ist, dass die Landesumlage erneut sehr hoch ist. Dies sind Gelder, die von der Gemeinde an das Land bezahlt werden müssen. Für 2024 sind rund 1,6 Mio. Euro vorgesehen. Vor wenigen Jahren lagen diese Gelder noch bei ca. 1,3 Mio. Euro. Derartige Steigerungen sind entschieden abzulehnen. Wir fordern hier den Bürgermeister und den Gemeindeverband dazu auf, dass sie hier nachverhandeln und sich vehement für eine Besserung einsetzen.

Abschließend sagen wir von der Bürger-Bewegung Danke an die Wirtschaftstreibenden. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer leisten nämlich viel. Dies sieht man auch an den guten Kommunalsteuererträgen. Ein weiteres Danke ist dem Personal der Marktgemeinde und den Häusern der Generationen für ihren guten Einsatz auszusprechen. Ein Danke ergeht auch an die Finanzabteilung mit Herrn Hotz für die Erstellung des Zahlenwerkes. Ein großes Lob und eine hohe Anerkennung sind den Ehrenamtlichen, den Vereinen und Vereinsfunktionären, der Feuerwehr und allen Rettungs- und Einsatzkräften generell auszusprechen. Dort wird viel Gutes bewirkt. Dringend nötig ist, dass die zukünftige Generation eine handlungsfähige Gemeinde hat. Dazu braucht es finanzielle Spielräume und keine Schuldenberge. Wir von der Bürger-Bewegung stehen für ausgeglichene Finanzen und einen sorgsam Umgang mit Steuergeld. Schließlich sollte gelten, dass man mit Herz, Verstand und Ohr für die Bürgerinnen und Bürger da ist.



Sachlichkeit – Selbstbestimmung – Bürgerrechte

"Mit Herz, Verstand und Ohr für die Bürgerinnen und Bürger da sein!"